

AMNESTY INTERNATIONAL Sektion der Bundesrepublik Deutschland e. V.
El Salvador-Koordinationsgruppe . Postfach 7123 . 71317 Waiblingen
T: +49 7151 28289 . F: +49 7181 43987 . E: info@ai-el-salvador.de
W: <https://www.amnesty.de> . <https://www.ai-el-salvador.de>
https://twitter.com/AI_El_Salvador
<https://www.facebook.com/AmnestyMenschenrechteElSalvador/>

SPENDENKONTO . Bank für Sozialwirtschaft
IBAN DE23 3702 0500 0008 0901 00 . BIC BFSWDE33XXX . Zweck: 2129



30. April 2020

EL SALVADOR: OFFENER BRIEF AN PRÄSIDENT NAYIB BUKELE VON EL SALVADOR IM AUFTRAG VON INTERNATIONALEN ORGANISATIONEN

Sehr geehrter Herr Präsident:

Wir, die unterzeichnenden Organisationen, anerkennen die Bemühungen der Regierung von El Salvador, auf die beispiellose Krise der öffentlichen Gesundheit zu reagieren, die durch die globale COVID-19-Pandemie ausgelöst wurde. Wir schreiben Ihnen jedoch, um unsere große Sorge über Berichte auszudrücken, wonach Sicherheitskräfte im Zusammenhang mit der gegenwärtigen Notlage Übergriffe begangen haben. Auch Regierungsmaßnahmen und Erklärungen der jüngsten Zeit, die möglicherweise den Rechtsstaat unterminieren und manchmal direkt verletzen, geben Anlass zur Sorge.

Seit dem 21. März, dem Tag, an dem die obligatorische nationale Quarantäne in Kraft trat, hat das Büro des Menschenrechtsbeauftragten (PDDH) Hunderte von Beschwerden über Menschenrechtsverletzungen erhalten, die mutmaßlich von Sicherheitskräften begangen worden waren, darunter auch Berichte über exzessive Gewaltanwendung unter Verletzung des Rechts auf körperliche Unversehrtheit. Gleichzeitig wurden Hunderte von Personen, die wegen angeblicher Quarantäneverletzungen festgenommen worden waren, in "Auffangzentren" der Regierung oder sogar auf Polizeistationen untergebracht, als hätten sie eine Straftat begangen.

Beinahe 200 Habeas-Corpus-Anträge wurden als Reaktion auf diese Festnahmen eingereicht. Die Verfassungskammer des Obersten Gerichtshofs hat danach eine Reihe von Urteilen erlassen. Dazu gehört die Resolution 148-2020, in der festgelegt wird, dass die Behörden Menschen wegen der Nichteinhaltung der häuslichen Quarantäneanordnung nicht ihrer Freiheit berauben dürfen und dass die erzwungene Unterbringung in "Auffangzentren" ohne Anzeichen von Symptomen oder einer Exposition gegenüber COVID-19 verfassungsrechtlich nicht zulässig oder durch die geltende Notverordnung genehmigt ist. Experten für öffentliches Gesundheitswesen sowie viele der Inhaftierten haben ebenfalls festgestellt, dass die sanitären Bedingungen in einigen dieser Zentren offenbar nicht den Vorschriften für öffentliches Gesundheitswesen entsprechen oder die Standards zur Verhinderung der Ausbreitung von COVID-19 nicht erfüllen.

Die unterzeichnenden Organisationen sind alarmiert, dass sogar nach diesen Entscheidungen

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



Verhaftungen aufgrund von Verstößen gegen die Quarantäne-Auflagen und übermäßig lange Verwahrung in „Auffangzentren“ unvermindert fortgesetzt wurden. Wie sowohl der Hohe Kommissar für Menschenrechte der Vereinten Nationen als auch die Interamerikanische Menschenrechtskommission betont haben, kann der Ausnahmezustand zwar die vorübergehende Einschränkung bestimmter Rechte bedeuten, doch müssen alle staatlichen Maßnahmen, einschließlich Quarantäneauflagen und deren Durchsetzung, notwendig und verhältnismäßig sein und im Rahmen der Achtung internationaler Menschenrechtsnormen durchgeführt werden.

Die übermäßige Gewaltanwendung durch Polizei und Militär und die in den letzten Wochen gemeldeten massenhaften willkürlichen Verhaftungen erfüllen diese Kriterien nicht und die salvadorianische Regierung sollte unverzüglich Maßnahmen ergreifen, um dieser Situation abzuweichen. Da Zwangsmaßnahmen oft auf benachteiligte Bevölkerungsgruppen abzielen, sollten die Behörden eine wirksame Antwort auf die Gesundheitskrise finden, die der Beteiligung der Betroffenen Vorrang einräumt und die Menschenrechte achtet. Dazu gehört auch die Gewährleistung zugänglicher und klarer öffentlicher Informationen über die vom Staat ergriffenen Maßnahmen und die Gewährleistung, dass die grundlegenden Bedürfnisse der in Armut lebenden Menschen sowie aller anderen gefährdeten Gruppen erfüllt werden.

Wir möchten auch unsere tiefe Besorgnis über jüngste Äußerungen auf Ihrem Twitter-Account zum Ausdruck bringen, Herr Präsident, die die Entscheidungen der Verfassungskammer des Obersten Gerichtshofs als ungültig zurückweisen. Wir sind ebenso beunruhigt über andere Äußerungen aus jüngster Zeit, die die übermäßige Anwendung von Gewalt durch Polizei und Militär zur Durchsetzung der Hausquarantäne zu dulden scheinen. In der Diskussion über die Durchsetzung von Maßnahmen zum Schutz der Gesundheit und Sicherheit des salvadorianischen Volkes ist jeder Vorschlag von Maßnahmen, die zu körperlichen Schäden führen könnten, besorgniserregend und sollte nicht akzeptiert werden.

Darüberhinaus haben wir Ihre jüngste Anweisung über Twitter an den Verteidigungsminister, die Stadt Puerto de La Libertad militärisch abzuriegeln, und die anschließende Aufstellung von Panzern und militärischer Ausrüstung an ihrer Peripherie konsterniert zur Kenntnis genommen. Ein ähnlicher Befehl zur Abriegelung des historischen Stadtzentrums von San Salvador wurde vom Bürgermeister erteilt und die Abriegelung der Hauptstadt (die jetzt bis zum 5. Mai verlängert wurde) wird von der nationalen Polizei, der Stadtpolizei und Mitgliedern der Streitkräfte durchgeführt. Diese Maßnahmen sind besonders beunruhigend angesichts der jüngsten Geschichte El Salvadors, in der die Sicherheitskräfte während des bewaffneten Konflikts des Landes völkerrechtliche Gräueltaten begangen haben.

Wir haben außerdem einige Präsidentschaftserklärungen über zivilgesellschaftliche Gruppen, darunter Journalisten und Menschenrechtsorganisationen, zur Kenntnis genommen, die das Potenzial haben, die öffentliche Kontrolle zu behindern und diejenigen zu stigmatisieren, die eine größere Transparenz der Regierung anstreben. Die Beschränkung der Möglichkeiten für öffentlichen Dialog wäre im gegenwärtigen Kontext besonders kontraproduktiv, in dem die Regierung bestrebt sein sollte, mit nichtstaatlichen Institutionen und allen Sektoren der Zivilgesellschaft zusammenzuarbeiten, um der COVID-19-Krise zu begegnen.

Unsere Region und die Welt im Allgemeinen werden sich weiterhin mit der Bedrohung durch diese Pandemie und ihren verheerenden Auswirkungen auseinandersetzen. Es liegt nach wie vor in der Verantwortung der führenden Politiker der Welt, so wie Sie, Präsident Bukele, sicherzustellen, dass die Rechte ausnahmslos aller Menschen während des gesamten öffentlichen Gesundheitsnotstands und darüber hinaus geschützt werden.

Wir fordern Sie dringend auf, die Rechtstaatlichkeit zu wahren, einschließlich der unverzüglichen Befolgung der Anordnungen der Verfassungskammer des Obersten Gerichtshofs. Wir danken Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit für die dringenden Angelegenheiten, die in diesem Brief angesprochen werden, und vertrauen darauf, dass Sie die notwendigen

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



Schritte unternommen werden, um sicherzustellen, dass alle politischen Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie in El Salvador die Menschenrechte und die Rechtstaatlichkeit achten und garantieren.

Auch unsere Organisationen sind diesen Bemühungen verpflichtet und wir werden sehr gerne jederzeit diese Themen mit Ihnen diskutieren.

Mit freundlichen Grüßen,

Amnesty International

Center for Justice and International Law (CEJIL)

Due Process of Law Foundation (DPLF)

Iniciativa Mesoamericana de Mujeres Defensoras de Derechos Humanos (IMD)

Washington Office on Latin America (WOLA)

World Organisation Against Torture (OMCT)

Unverbindliche Übersetzung: El Salvador-Koordinationsgruppe

Verbindlich ist das englische Original:

El Salvador: Open Letter to President Nayib Bukele of El Salvador on Behalf of International Organizations

AI-Index: AMR 29/2234/2020, 30. April 2020

<https://www.amnesty.org/en/documents/amr29/2234/2020/en/>

**AMNESTY
INTERNATIONAL**

